Deutscher Bundestag **Drucksache 15/5784**

15. Wahlperiode 17. 06. 2005

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (17. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Andrea Wicklein, Jörg Tauss, Dr. Hans-Peter Bartels, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Hans-Josef Fell, Dr. Antje Vogel-Sperl, Dr. Reinhard Loske, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 15/4943 –

Rahmenbedingungen für die industrielle stoffliche Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen in Deutschland schaffen

A. Problem

Die Antragsteller weisen auf das grundlegende Problem hin, dass fossile Rohstoffe wie Erdöl, Erdgas und Kohle immer knapper werden. Es zeichne sich ab, dass das Fördermaximum von Erdöl vermutlich schon in diesem Jahrzehnt erreicht sein werde und die Weltmarktpreise für Rohöl weiter steigen werden. Diese Verteuerungen seinen wirtschaftspolitisch brisant. Allein aus ökonomischen Erwägungen sei der Schutz der knappen fossilen Ressourcen durch entsprechende politische Rahmensetzungen wichtig. Weiterhin sei festzustellen, dass sich Deutschland verpflichtet habe, das Ziel der Klimarahmenkonvention einzuhalten. Das bedeute, dass Deutschland als Industriestaat die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2010 um 21 Prozent gegenüber 1990 senken müsse.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternative

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/4943.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 15/4943 – anzunehmen.

Berlin, den 11. Mai 2005

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Cornelia Pieper Vorsitzende und Berichterstatterin	**Andrea Wicklein** Berichterstatterin	**Helmut Heiderich** Berichterstatter	**Hans-Josef Fell** Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Andrea Wicklein, Helmut Heiderich, Hans-Josef Fell und Cornelia Pieper

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/4943 in seiner 169. Sitzung am 14. April 2005 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Ausgehend von einer Schilderung der Bedeutung der Verknappung der fossilen Rohstoffe wird festgestellt, dass die Koalitionsfraktionen den Weg eines sinnvollen ökologischen und ökonomischen Wirtschaftsumbaus beschritten hätten, um die Abhängigkeit von den endlichen Energieressourcen weiter zu verringern und den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Es sei dringend erforderlich, dass auch die industrielle stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe durch die chemische Industrie und die verarbeitende Industrie zunehme. Sie erfordere völlig neue Ansätze in Forschung und Entwicklung, Bildung und Lehre, Produktion, Vertrieb und Konsum. Langfristig würden sich nach Auffassung der Antragsteller die biobasierten Industrien als volkswirtschaftliche Basisindustrien etablieren. Deutschland selbst habe ein umfangreiches Potenzial in Wissenschaft und Wirtschaft, das die wissenschaftliche und technische Grundlage für die Umstellung auf Biomasse ermöglichen würde.

Zur Unterstützung und zum Ausbau dieser Position wird die Bundesregierung in zwölf Punkten u. a. aufgefordert, entsprechende Schritte innerhalb der Europäischen Union, im Rahmen eines ‚nationalen Fahrplans', bei den Förder- und Forschungsprogrammen sowie an den Hochschulen zu unternehmen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Die mitberatenden Ausschüsse für **Wirtschaft und Arbeit** und für **Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag anzunehmen. Der mitberatende **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 11. Mai 2005 beraten und empfiehlt: Annahme des Antrags – Drucksache 15/4943 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird auf das Ziel des Antrags, die Rahmenbedingungen für nachwachsende Rohstoffe zu verbessern und die Potenziale weiter zu erhöhen, hingewiesen. Die Regierungskoalition habe in den vergangenen Jahren sehr viel im Bereich der Energie und der Kraftstoffe getan und die richtigen Weichen gestellt. Nun gehe es darum, dieses auch für den Bereich der stofflichen Nutzung zu tun. Die Nutzung der nachwachsenden Rohstoffe habe eine große Bedeutung und Chance. Die Produktpalette bei marktreifen biobasierten Produkten sei reich gefächert. Hier entwickele sich parallel zu den bewährten Erdölkunststoffen ein neues Marktsegment von Biokunststoffen aus Mais, Roggen, Kartoffeln, Holz und Zuckerrüben. Gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden Verknappung des Erdöls und dessen Verteuerung biete die Entwicklung alternativer Materialien enorme Chancen. Wenn allein die chemische Industrie in Deutschland jährlich 14 Mio. Tonnen Öl zur Herstellung chemischer Produkte benötige, sehe man, um welche Potenziale es sich hier handele. Auch die Senkung der CO_2-Emmissionen habe viel mit diesem Thema zu tun. Deutschland müsse wie in anderen Ländern die notwendigen Weichen für diese Entwicklung stellen.

Der Antrag fordere eine gemeinsame, abgestimmte Strategie für den Bereich der stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe, die im engen Dialog mit der Wirtschaft, Wissenschaft und Landwirtschaft entwickelt werden solle. Auch im 7. Europäischen Forschungsrahmenprogramm sollten die entsprechenden Weichen gestellt werden. Durch neue Produktions- und Einkommensalternativen könnten für den Wirtschafts- und Forschungsstandort Deutschland vor allem im ländlichen Bereich exzellente zusätzliche Perspektiven erschlossen werden. Dies gelte auch für die Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen sowie für die chemische und die verarbeitende Industrie.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird auf den neuen Grundsatz im 7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union „Biobased Economy" hingewiesen. Hiervon sei einiges in den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgenommen worden.

Es sei bekannt, dass die Fraktion der CDU/CSU seit vielen Jahren für nachwachsende Rohstoffe und ebenfalls für die industrielle Biotechnologie eintrete. Die Fraktion begrüße es, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich nun auch für beide Bereiche einsetzen werde. Zur Zeit der letzten CDU/CSU-geführten Bundesregierung seien die Grünen noch gegen nachwachsende Rohstoffe und die Umsetzung der EU-Richtlinie „Industrielle Biotechnologie" gewesen. Es sei erfreulich, dass es hier Bewegung gebe. In Deutschland sei mit den Forschungen sowohl im Bereich Saatzucht, die Grundlage für das Feld der nachhaltigen Rohstoffe sei, als auch in der Biotechnologie in den unterschiedlichen Forschungsbereichen schon relativ erfolgreich gearbeitet wor-

den. Seit einigen Jahren mache aber die Umsetzung dieser Forschung in Anwendungen und Produkte Probleme. Das sei ein wesentlicher Punkt, der weiterentwickelt werden müsse. Hier sollte die Regierung ihre Initiativen erweitern.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird deutlich gemacht, dass sich der Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf die Rahmenbedingungen für die industrielle stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe in Deutschland beziehe. Zwar würden bereits ca. 10 Prozent der Chemieprodukte aus nachwachsenden Rohstoffen produziert, aber es gebe noch viele Möglichkeiten, einen großen Teil, vor allem in der Petrochemie, durch nachwachsende Rohstoffe zu ersetzen. Dies wolle man mit einer neuen Strategie auf den Weg bringen, und das sei der Hintergrund des vorliegenden Antrages.

Wenn von Seiten der Opposition angemahnt werde, dass es auch die energetische Seite gebe, sei das zwar richtig, führe aber an der Realität vorbei. Richtig sei, dass sehr viel getan wurde. Die Entwicklung im Bereich der Energie aus nachwachsenden Rohstoffen sei fulminant. Vor allem seit der Verabschiedung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und dessen Novellierung sei eine wachsende industrielle Entwicklung zu beobachten. Wenn es um die wirklich wichtigen politischen Rahmenbedingungen gehe, setze sich die Opposition über die Interessen der Landwirte hinweg und führe in Wahlkämpfen eine Kampagne gegen das EEG.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wird festgestellt, dass sie das EEG abgelehnt habe, weil es eine einseitige Bevorzugung erneuerbarer Energieträger beinhalte. Dies beziehe sich insbesondere auf die Windkraft. Die FDP-Fraktion spreche sich damit nicht vollständig gegen bessere Rahmenbedingungen für die industrielle stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe in Deutschland aus. Der Antrag der Koalition gehe davon aus, dass der Deutsche Bundestag im Energiebereich nicht nur einen wichtigen Beitrag zum nachhaltigen Klimaschutz geleistet habe, sondern auch die mittelständische Unternehmerschaft und zukunftsfähige Arbeitsplätze gefördert habe. Dem widerspreche die Realität. Es werde z. B. die Mineralölsteuerbefreiung von Biokraftstoffen herangezogen, und dieser Weg solle mit den bekannten schlechten Folgen für den Forschungs- und Wirtschaftsstandort Deutschland weiterhin beschritten werden. Auch Markteinführungsprogramme zur stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe und nationale Förderinstrumente seien nach Ansicht der Fraktion der FDP dem eigentlichen Anliegen nicht dienlich.

Berlin, den 11. Mai 2005

Andrea Wicklein	**Helmut Heiderich**	**Hans-Josef Fell**	**Cornelia Pieper**
Berichterstatterin	Berichterstatter	Berichterstatter	Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333